

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balber, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breiterfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bellitz, Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 273

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breite Reichspennung für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennung, Reklame 40 Reichspennung - Offertgebühren 30 Reichspennung und Porto.

Halber

Mittwoch, den 23. November

Erscheint werktätlich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich 1.85 einchl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postcheckkonto: Dortmund 2941.

1932

Hindenburgs Antwort an Hitler

Was Hindenburg von Hitler will.

Frage und Antwort.

Die Rückfrage, die Hitler am Montagabend an Staatssekretär Meißner hat gelangen lassen, die sich mit einem Punkte der Bedingungen Hindenburgs an Hitler beschäftigt, ist am Dienstag vom Reichspräsidenten beantwortet worden. Über den Inhalt sowohl der Rückfrage wie der Antwort wird amtlich noch immer Stillschweigen bewahrt. Doch verlautet aus sicherer Quelle, daß der Kern der Rückfrage dahin geht, ob der Auftrag Hindenburgs an Hitler bedeute, daß dieser eine Präsidentschaftsregierung mit parlamentarischen Bindungen bilden solle oder ob er eine parlamentarische Mehrheitsregierung mit Präsidentschaftsbindungen zu bilden habe.

Wie verlautet, liegt die Antwort des Staatssekretärs Meißner in der Linie, daß es der Gedanke einer Präsidentschaftsregierung ausschließe, daß diese von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde. Es käme daher für Hitler nur in Frage, den Versuch zu machen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustande zu bringen, und daß für das beabsichtigte Regierungsprogramm wenigstens eine tolerierende Mehrheit im Reichstag gefunden werde. Zum Schluß wird in der Antwort Meißners der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Hitler nunmehr, nachdem alle Fragen geklärt seien, bis Dienstag nachmittag eine endgültige Antwort geben möchte, ob er Hindenburgs Auftrag annimmt oder nicht, d. h., ob er gewillt sei, festzustellen, ob unter seiner Kanzlerschaft eine Mehrheitsregierung zustande kommt.

Die Vorbehalte Hindenburgs.

In der nationalsozialistischen Darstellung der Auftragserteilung an Hitler ist auch von Vorbehalten Hindenburgs die Rede gewesen, die schriftlich niedergelegt worden sind. Diese Vorbehalte sollen folgenden materiellen Inhalt haben:

1. Keine Veränderung in der Leitung des Reichswehrministeriums, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden.
2. Keine Veränderung in der Leitung des Außenministeriums, um nicht die schwebenden internationalen Verhandlungen zu stören.
3. Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses, der durch das Kabinett Papen eingeleitet worden ist, und deshalb keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen.
4. Vermeidung von Währungsexperimenten, die das Gefüge der deutschen Wirtschaft erschüttern könnten.
5. Fortsetzung der Reichsreform unter dem Grundsatze einheitlicher politischer Leitung in Reich und Preußen, deshalb keine Veränderung der Verbindung, die jetzt zwischen preussischer und Reichspolitik hergestellt ist.
6. Durchführung der Gesetzgebung auf dem normalen verfassungsmäßigen Weg, d. h. Gesetzgebung durch den Reichstag mit parlamentarischer Mehrheit und nicht durch Notverordnungen auf Grund des Artikels 48, weil solche Notverordnungen nur ein Ersatz für die normale Gesetzgebung sein können.
7. Keine Beschränkung der Präsidentschaftsgewalt etwa durch Verminderung der Befugnisse, die im Artikel 48 gegeben sind, d. h. keine Reichsgesetze, die der Anwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen ziehen.

Die Auffassung der Nationalsozialisten.

Die Rückfrage Hitlers an Hindenburg über die Art der von ihm zu bildenden Regierung wird im Völkischen Beobachter sekundiert, der betont, daß in der Auftragserteilung Hindenburgs an Hitler politische und parlamentarische Gegenfaktoren enthalten seien. Das Blatt schreibt u. a.: Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform von den Schöpfern des Gedankens nicht restlos durchdacht worden sei. Die „Abänderung und Abschwächung des Artikels 48“ sei eine Forderung, die in der letzten Zeit besonders heftig von den parlamentarischen Parteien erhoben worden sei. Es bestehe demnach die Gefahr, daß gerade in diesem Punkt der Verhandlungsführer, der sich die Zustimmung aller Mehrheitsparteien sichern solle, Forderungen der Parteien gegenüberstelle, die im Gegensatz zu den präsidentiellen Bedingungen stünden. Ähnliches gelte von der Frage der Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen. Die letzte verfassungsmäßige Entscheidung in der Neuordnung der Verhältnisse Preußens zum Reich liege vorerst immer noch beim Preussischen Landtag. Es lasse sich also nicht ohne weiteres von der Hand weisen, daß der Auftrag des Reichspräsidenten an einen inneren Widerspruch franke. Auf der einen Seite werde ein Auftrag nach streng verfassungsmäßigen Regeln zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung erteilt, auf der anderen Seite stelle man Bedingungen, die die Ausführung des Auftrags nicht nur erschweren, sondern sogar undurchführbar machten.

Die Rechte des Reichspräsidenten.

Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß gleichartige Vorbehalte und Bedingungen wie diesmal auch schon in früheren Fällen gestellt worden sind. Bereits Reichspräsident Ebert hat hinsichtlich der Führung der

auswärtigen Angelegenheiten und der Bezeugung des Reichswehrministeriums oft Auflagen gemacht, die von den durch ihn ernannten Kabinetten angenommen wurden.

Nach Ansicht der amtlichen Stellen handelt es sich um etwas ganz Selbstverständliches, wenn zu Beginn einer Regierungsbildung gewisse Grenzen gezogen werden. Ähnliches gilt für andere Punkte, gegen die sich die nationalsozialistische Kritik richtet. Bei den Verhandlungen mit den Parteien ist festgestellt worden, daß alle mit der bisherigen Handhabung des Artikels 48 einverstanden sind.

Überhaupt stellen die Hindenburgschen Bedingungen das Ergebnis der Parteiführerbefprechungen dar. Wie wir hören, hat sich der Reichspräsident bei diesen Befprechungen ausdrücklich versichert, daß keine der Parteien grundsätzlichen Widerstand gegen seine Vorbehalte erheben werde.

Gegen Gerüchtemacherei.

Weiterhin wendet man sich von maßgebender Seite gegen Gerüchte und Kombinationen, wie sie in der Öffentlichkeit in diesen Tagen verbreitet worden sind. So wird beispielsweise gegen die Behauptung Front gemacht, der Rücktritt der Reichsregierung sei nicht freiwillig erfolgt. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß Reichskanzler von Papen schon unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 6. November den Entschluß gefaßt habe, dem Reichspräsidenten die Demission anzubieten. In der entscheidenden Kabinettsitzung habe Reichskanzler von Papen als erster den Vorschlag zum Rücktritt gemacht, um damit den Weg zur nationalen Konzentration freizugeben.

Auch in den weiteren Befprechungen innerhalb des Reichskabinetts und mit dem Reichspräsidenten habe Reichskanzler von Papen diesen Standpunkt vertreten.

Papen hat auch dem Reichspräsidenten aufs wärmste nahegelegt, den Auftrag an Hitler zu erteilen.

Auch Behauptungen, daß eine Reihe ostpreussischer Herren vom Reichspräsidenten zu den Befprechungen herangezogen worden sei, u. a. Herr von Oldenburg-Jannuscha und Herr von der Osten, werden auf das entschiedenste in Abrede gestellt. Nachdrücklich wird von den zuständigen Stellen den Versuch gewisser Kreise entgegengetreten, den ernsthaften Charakter der Verhandlungen, die Hindenburg mit der Beauftragung Hitlers eingeleitet hat, in Zweifel zu ziehen. Was die Unterredung angeht, die der Reichspräsident mit dem Reichskanzler von Papen hatte,

Rings um den Wilhelmsplatz.

Mit unverändert starkem Interesse wird rings um den Berliner Wilhelmsplatz die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse verfolgt. Auf das Ersuchen des Reichspräsidenten an Adolf Hitler als den Führer der stärksten Reichstagspartei, festzustellen, ob dieser für eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden könnte, hatte — nach der amtlichen Darstellung — Hitler zwar zugesagt, er werde bereits am Montagnachmittag, also binnen einiger Stunden, antworten, aber diese Antwort bestand in — Rückfragen an Hindenburg. Und dadurch konnte man eine vorübergehende, aus nationalsozialistischen Kreisen stammende Andeutung für zutreffend halten, wonach dem Auftrage des Reichspräsidenten an Hitler „eine Anzahl präsidentieller Vorbehalte“ beigefügt worden seien. Auf diese Vorbehalte bezogen sich die Rückfragen des nationalsozialistischen Führers, auf die er dann am Dienstagmittag eine wieder schriftlich gestellte Antwort erhalten hat. Infolge dieses „Schriftwechsels“ zwischen Hotel „Kaiserhof“, wo Hitler wohnt, und dem Reichkanzlerpalais, wo der Reichspräsident wohnt, genommen hat, führte zunächst zu einer vierundzwanzigstündigen Verzögerung der endgültigen Antwort Hitlers an Hindenburg.

So war der äußere Fortgang der Dinge, und man ersieht schon daraus, daß es hierbei zunächst auf die „präsidentiellen Vorbehalte“ ankam. Genaueres über sie war, als zuerst von den Nationalsozialisten darüber die erwähnte Andeutung veröffentlicht wurde, aber nicht zu erfahren, da das sie enthaltende Schreiben Hindenburgs im Wortlaut nicht bekannt geworden ist. Trotzdem wurden Vermutungen über den Inhalt dieser „präsidentiellen Vorbehalte“ sofort oder doch sehr bald zum Gegenstand eifrigster Diskussionen, die immer natürlich darauf abzielten, wie denn Hitler und die Führung der Nationalsozialistischen Partei sich dazu einstellen würden. Dabei muß aber stets auf den Wortlaut des an Hitler erteilten Auftrags zurückgegangen werden, daß er eine „arbeitsfähige Reichstagsmehrheit“ mit einheitlichem Arbeitsprogramm zusammenbringen sollte, in personeller wie in sachlicher Hinsicht — die „Vorbehalte“ des Präsidenten umfassen oder, wenn man so will, von diesen als Voraussetzungen ausgehen müsse.

Demgemäß dürfte Hindenburg es von vornherein als ausgeschlossen angesehen haben — genau wie am 13. August —, Hitler zum Kanzler einer nicht über eine „arbeitsfähige Reichstagsmehrheit“ verfügenden Präsidentschaftsregierung zu machen. Im offiziellen Organ der Nationalsozialisten wird gesagt, daß es doch eine Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform sei, wenn unter den Vorbehalten erwähnt werde, Reichskanzler, Reichswehrminister und Reichsaußenminister müßten in einem

so wird darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident seine weiteren Entscheidungen selbstverständlich auch mit dem amtierenden Reichskanzler bespricht.

Annahme des Auftrages durch Hitler?

In Berliner politischen Kreisen nimmt man jetzt an, daß die nationalsozialistische Führung geneigt ist, sich zu dem Auftrag des Reichspräsidenten an Adolf Hitler positiv einzustellen und die vom Reichspräsidenten gewünschten Feststellungen in Fühlungnahme mit den Parteien zu treffen.

Bevor sich jedoch Adolf Hitler endgültig für die Annahme des Auftrags entscheidet, wurden noch einige Bedenken für notwendig gehalten, wobei wiederum auch mit anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Fühlung gehalten wurde.

Was die vom Reichspräsidenten an den Auftrag geknüpften Voraussetzungen betrifft, so wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß diese Voraussetzungen in den ersten Befprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern ja bereits hinreichend geklärt worden seien; das gelte auch bezüglich der Stellungnahme des Führers der Zentrumspartei gegenüber der Frage der Überwindung des Dualismus von Reich und Preußen. Im übrigen wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Auftrag an Hitler nicht nur durchaus ernst gemeint sei, sondern innerhalb der gegebenen Richtlinien notfalls auch in seiner Durchführung die Unterstützung des Reichspräsidenten erfahren würde.

Bedenken aus Bayern.

Unter der Überschrift „Gefahr im Verzug“ schreibt das Organ des bayerischen Ministerpräsidenten Held, der Regensburger Anzeiger, u. a.: Eine Vertrauensstellung Hitlers mit der Kanzlerschaft und Reichsführung käme heute einer Kapitulation vor Hitler gleich. Hitler sei und bleibe in seinen politischen Ideen revolutionär und werde, wenn er zur Macht kommen sollte, bei gegebener Gelegenheit diese revolutionären Ideen mit rücksichtsloser Schärfe durchführen. Mit banger Sorge werde man daher den kommenden Dingen entgegensehen müssen. Dies gelte insbesondere auch für das Verhältnis Preußen-Reich-Länder. Wenn ein nationalsozialistischer Reichskanzler auch noch Amt und Macht des preussischen Ministerpräsidenten in seiner Person vereinigen würde, so wäre dies für die deutschen Länder ein unerträglicher Zustand, weil diese Machtvereinigung einer schrankenlosen Zentralisierung der gesamten Macht im Reiche gleichkommen würde.

Kabinetts Hitler auch das Vertrauen einer Reichstagsmehrheit haben. Ähnlich sei es mit den anderen Vorbehalten: Keine Abänderung und Abschwächung des Artikels 48, keine Wiederherstellung des politischen Dualismus Reich-Preußen usw. Der Völkische Beobachter meint also, der Reichspräsident wolle zwar eine parlamentarisch ausreichende Grundlage für ein Kabinetts Hitler fordern, schreibe hierfür aber Bedingungen vor, deren Ablehnung durch eine der oder durch überhaupt alle in Frage kommenden Parteien die Mehrheitsbildung für ein derartiges Kabinetts ausschließen müsse. Allerdings ist — also durch Verhandlungen mit diesen Parteien — vorläufig noch nichts oder nichts endgültig Entscheidendes festgestellt worden, ob sie die präsidentiellen Vorbehalte annehmen wollen oder nicht.

Adolf Hitler ist also vor die Tatsache gestellt worden, daß ihm als Führer der größten Partei, aber eben doch als Parteiführer nicht die „ganze Macht“, wie etwa dem Reichskanzler Papen, gegen die Mehrheit des Reichstages oder ohne Zustimmung einer arbeitsfähigen Mehrheit in die Hand gegeben werden sollte. Das zu tun hätte Hindenburg ja schon am 13. August abgelehnt. Diese Tatsache ist der eigentliche Drehpunkt der Verhandlungen „rings um den Wilhelmsplatz“ gewesen und hat hüten wie drüber die Entscheidung bestimmt.

Man muß aber angesichts dieses schon recht lange, vielleicht überlange währenden Hin und Her einmal abseits des Wilhelmsplatzes daran erinnern, daß die unentschiedene Krise — wir sind ja erst in ihrem Anfang — eine nicht sehr erfreuliche Rückwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübt und die von ihr erzeugte Unruhe schon spürbar ein Stocken und Zögern in dieser Entwicklung hervorzurufen beginnt. Das aber wäre verhängnisvoll; denn heute steht über jeder politischen Krise, ihrer Behandlung und ihren Lösungsversuchen warnend die „Forderung des Tages“, das mahnende Wort: Arbeitsbeschaffung! Daran dürfte auch der Reichspräsident denken, wenn er und wie er die Behandlung und Lösung der Krise vorwärts treibt in der Absicht, möglichst schnell eine Regierung zu schaffen, die für feste Ordnung und Sicherheit jenseits aller parteimäßigen Interessenten und Interessen Gewähr bietet.

Einigungsversuche in der nationalen Front.

Wie ein Berliner Blatt meldet, seien Bemühungen im Gange, eine Annäherung zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen herbeizuführen, die nach Möglichkeit auch auf die Deutsche Volkspartei und den Stahlhelm ausgedehnt werden soll. Diese Bestrebungen sollen bezwecken, eine Basis zu suchen, von der aus ein neues Präsidentschaftskabinetts sich auf breitere Volksschichten als bisher stützen könnte.

In diesem Sinne schreibt auch ein Blatt in Essen, eine Verständigung zwischen Nationalsozialisten und

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat Hitler auf seine Rückfrage die gewünschte Antwort erteilt.

* Die Weltwirtschaftskonferenz soll bis Anfang Mai aufgeschoben werden.

* Der König von England eröffnete mit einer Thronrede die neue Sitzungsperiode des Parlaments.

Deutschnationalen sei die einzig reale Möglichkeit. Kame diese Verständigung jetzt zustande, so wäre damit eine Staatsführung auf autoritärer Grundlage erreicht, die zugleich eine Verwurzelung im Volk hätte.

Kurze politische Nachrichten.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei trat zu ihrer ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Fraktionsvorsitzender wurde wieder Prälat Dr. Leicht.

Wie die Nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, ist ein von einigen Blättern veröffentlichter Befehl der obersten M.-Führung, wonach bei den Gruppenkommandos M.-Geistliche im Range eines Sturmbannführers einzustellen seien und wonach ferner Pfarrer Münchmeyer, M. d. N., als Fachreferent in die oberste M.-Führung berufen worden sei, von A bis Z frei erfunden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die sozialdemokratischen Tageszeitungen Volkswacht, Volkszeitung, Freie Presse, Volksstimme und Rheinische Zeitung nebst ihren Kopfbildern wegen grober Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung des stellvertretenden Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Aus den gleichen Gründen sind die Freie Presse und die Rheinische Warte auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Der chinesische Gesandte hat dem Generalsekretär des Völkerbundes die Mitteilung gemacht, daß die neue Mandschu-Kaiserin Regierung das allgemeine Dienstpflichtsystem in der Mandchurei eingeführt habe. Die Rekruten erhielten 30 japanische Yen im Monat. Die Ausgaben für die allgemeine Dienstpflicht sollen durch eine neue Bodensteuer gedeckt werden.

Die Forderungen der Regierung Braun.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages trat zu einer kurzen Sitzung zusammen, um Anträge zur Verwaltungsreform und über Sparmaßnahmen entgegenzunehmen. Für die Regierung Braun war Ministerialdirektor Dr. Brecht erschienen. Brecht erklärte u. a., die Regierung Braun verlange, daß restlos die Konsequenz aus der Entscheidung des Leipziger Urteils gezogen werde. Diefem Erfordernis entspreche die neue Verordnung des Reichspräsidenten nicht. Die Regierung Braun bedürfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch des Verwaltungsapparates. Es sei schwer, im gegenwärtigen Augenblick zu der Frage einer neuen Klage Stellung zu nehmen. Das Staatsministerium stehe aber auf dem Standpunkt, daß es seine Rechte nach jeder Richtung hin zu verteidigen verpflichtet sei. Die Aufrechterhaltung der Verordnung vom 20. Juli sei unerträglich.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages setzte seine am 15. d. M. eingeleiteten Beratungen über die Folgen, die sich für den Staatsrat aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes ergeben, fort. Die Sitzung hatte vertraulichen Charakter. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Der Staatsrat selbst wird am Donnerstag zusammentreten.

Die Nationalsozialisten wieder im Bayerischen Landtag.

Im Bayerischen Landtag, der nach langer Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammentrat, wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein Vorschlag des Präsidenten angenommen, wonach die Auswirkung der Vorgänge vom 17. Juni für erledigt erklärt und den Nationalsozialisten die Beteiligung an den Landtagsverhandlungen wieder gestattet wird. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hatten die Nationalsozialisten sich auf ihren Plätzen eingefunden.

Kommunistische Umsturzpläne aufgedeckt.

Belaftendes Material in Straß und gefunden.

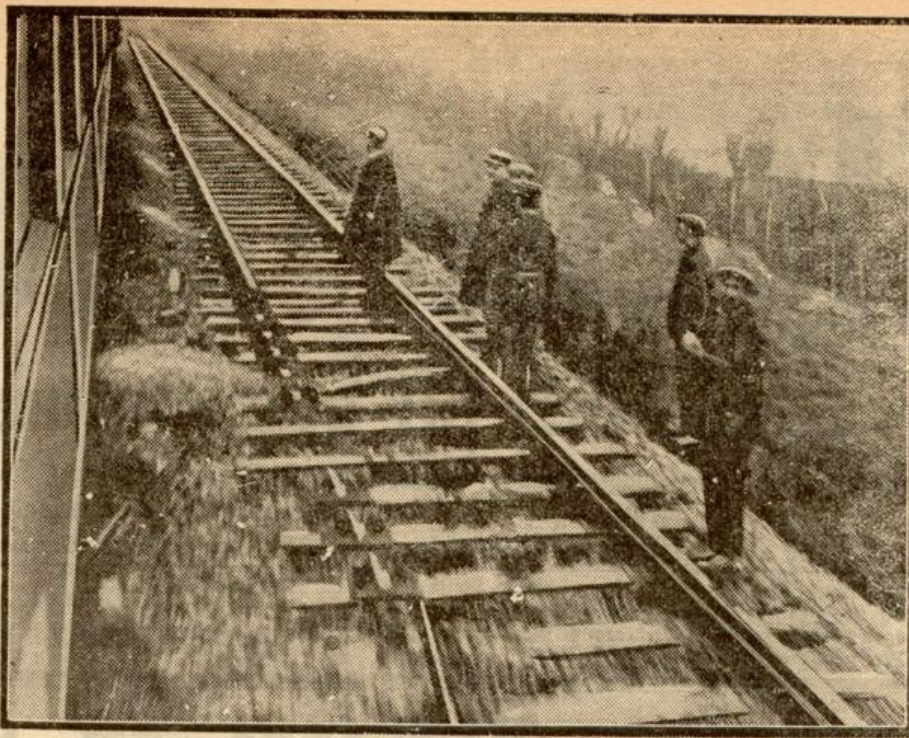
Bei den Ermittlungen zur Aufklärung von Einbruchsdiebstählen in Straß und ist Material gefunden worden, aus dem hervorgeht, daß von Mitgliedern der Ortsgruppe der K.P.D. in Straß und und anderen kommunistischen Verbänden Vorbereitungen für einen gewaltsamen Umsturz in Straß und Umgebung getroffen worden sind. Die in die Sache verwickelten Personen sind festgenommen und dem Amtsgericht zur weiteren Vernehmung vorgeführt worden. Die bei sämtlichen Personen vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben zum Teil weiteres Material zum Vorschein gebracht.

16 Kommunisten in Ludwigshafen verhaftet.

Wegen des Verdachts, einen Putsch geplant zu haben, sind in Ludwigshafen 16 Führer der kommunistischen Partei verhaftet worden. Einzelheiten sind von amtlicher Stelle noch nicht zu erfahren. Dem Vernehmen nach handelt es sich um die Aufdeckung eines über ein größeres Gebiet sich erstreckenden Umsturzplanes.

Die Winterhilfe setzt ein.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sind von Mitte September bis Ende Oktober d. J. insgesamt über 29,4 Millionen Kilogramm oder rund 3000 Waggons Lebensmittel, Brennstoffe und Kleidungsstücke aus den verschiedenen Gebieten des Reiches für die Winterhilfe von der Reichsbahn frachtfrei befördert worden. Und zwar sind 400 000 Zentner Kartoffeln und zusammen 43 000 Zentner Reis, Obst, Gemüse, Brotgetreide, Mischsendungen usw. und ferner 90 000 Zentner Kohlen und Briketts und rund 55 000 Zentner Brennholz und Torf an die mit der Durchführung der Winterhilfe betrauten Organisationen zur Verteilung für die Winterhilfe gelangt. Auf Grund



Hier sollte der französische Ministerpräsident Herriot in die Luft gesprengt werden.

Unsere Aufnahme gibt einen Teil des durch Dynamit zerstörten Eisenbahngleises bei Puygarnier vor Nantes wieder, wo der französische Ministerpräsident Herriot auf der

Fahrt von Paris nach Nantes in die Luft gesprengt werden sollte. Durch einen Zufall erfolgte die Explosion zu früh, so daß großes Unheil verhütet wurde.

der Erfahrungen der vorjährigen Winterhilfe ist vor allem dafür gesorgt worden, daß die Hilfsbedürftigen gleich zu Beginn des Winters mit einem gewissen Vorrat an Kartoffeln und Heizmaterialien versehen wurden. Großer Dank gebührt wieder der Reichsbahn für die frachtfreie Beförderung der Liebesgaben, durch die der Winterhilfe bis jetzt rund 210 000 Mark unsichtbar zugute gekommen sind.

Freiwilliger Arbeitsdienst für weibliche Jugend.

Die Richtlinien des Reichskommissars.

Der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst hat jetzt Richtlinien für die Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes der weiblichen Jugend herausgegeben.

In dem Erlass heißt es, daß auch von der weiblichen Jugend im Freiwilligen Arbeitsdienst eine ernste Arbeitsleistung gefordert werden müsse. Als Aufgabekreis wird vor allem das Erhalten und Pflegen von Sachgütern, das Umwandeln alter Gegenstände für neuen Gebrauch und hauswirtschaftliche Leistungen für Dienstwillige oder Notleidende bezeichnet. Um das Ziel der körperlichen und geistig-sittlichen Erziehung zu erreichen, sollen Fortbildung und Feiertunden, Lesende und Aussprache, Spiel und Gesang, Turnen und Wandern planmäßig abwechseln. Auch an die Errichtung von Arbeitslagern ist gedacht. Als Beispiel für die Praxis führt der Erlass aus, daß zum Beispiel für mehrere benachbarte geschlossene männliche Arbeitslager dienstwillige Mädchen in einem Werkheim in leicht erreichbarer Nähe der Lager untergebracht werden, um für die Instandsetzung von Wäsche und Kleidung der dienstwilligen Männer zu sorgen.

Englands Hoffnungen und Sorgen.

Die Thronrede im englischen Parlament.

Der König von England eröffnete mit dem üblichen Gepränge die neue Sitzungsperiode des Parlaments. Der König erklärte in der Thronrede, daß die Beziehungen zu den ausländischen Mächten sich auch weiter freundschaftlich gestaltet hätten. Er kam dann auf die Weltwirtschaftskonferenz zu sprechen, die so bald wie möglich im nächsten Jahre in London stattfinden solle. Er hoffe, daß auf der Konferenz Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen für die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten erzielt würden. Die Abrüstungskonferenz verkörpere die Hoffnungen und die Bemühungen der Menschheit, das größte Maß einer allgemeinen Abrüstung zu erreichen, die erzielt werden könnte. Die britische Regierung werde fortfahren, für ein internationales Übereinkommen zu arbeiten, das eine Grundlage für einen dauernden Frieden sein werde. Der König ging weiter kurz auf die innenpolitischen Angelegenheiten ein. Er mahnte zu weiteren Einsparnissen im Staat und in den Gemeinden. Die Regierung werde alles tun, um die Wiederbelebung des Handels zu fördern und Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft zu treffen, die dringend notwendig seien.

Erklärungen Macdonalds im Unterhaus.

Regierung steht hinter Simon.

In der Unterhausansprache über die Thronrede erklärte Macdonald u. a., er gebe offen zu, daß der Weltwirtschaftskonferenz einige Hindernisse im Wege stünden. Die englische Regierung bemühe sich weiter, um baldigen Zusammentritt der Konferenz. In der Abrüstungsfrage wolle er den Erklärungen Simons im Unterhaus und in Genf nichts hinzufügen. Die Regierung habe folgende Botschaft nach Genf gesagt: „Wir haben vollkommenes Vertrauen zu dem Vertreter Englands, dem Außenminister Sir John Simons“. Er sei sicher, so fuhr Macdonald fort, daß sich das Unterhaus einstimmig hinter diese Botschaft stelle. In eingehender Zusammenarbeit mit allen Verwaltungsstellen und nichtamtlichen Körperschaften werde versucht, eine ständige Lösung der Arbeitslosenfrage auszuarbeiten. Hauptache dabei sei die Wiederbelebung der Landwirtschaft. Alles irgendwie brauchbare Land müsse ausgenutzt werden, um einen viel größeren Hundertfach des englischen Volkes in direkte Berührung mit dem Lande zu bringen, als bisher.

Der liberale Sir Herbert Samuel sprach sich abfällig und skeptisch über die Zollpolitik und die Ottawaer Abmachungen aus. Das Heilmittel liege auf zwischenstaatlichem Gebiet. Die Handelsbarrieren müssen schleunigst beseitigt werden. Die Weltwirtschaftskonferenz müsse unter allen Umständen Entschliebung gegen jede Zollserhöhung fassen.

Im Oberhaus erklärte Lord Reading, die Weltwirtschaftskonferenz könne keinen Erfolg haben, wenn auf ihr nicht die wichtigsten Fragen, wie Reparationen, Kriegsschulden, Zölle usw. zur Erörterung kommen würden.

Roosevelt im Weißen Haus.

Zusammenkunft mit Hoover.

Roosevelt wurde bei seinem Eintreffen in Washington von einer großen Menschenmenge begrüßt. Er fuhr im Kraftwagen, umgeben von Geheimpolizisten direkt zum Weißen Haus, wo er vom Präsidenten Hoover im Roten Saal empfangen wurde. Roosevelt wird im Mayflower-Hotel übernachten. Nach der für Mittwoch vorgesehenen Konferenz mit den Parteiführern wird er nach Warm Springs weiter fahren.

Lokales und Provinzielles.

Salzer, den 23. November 1932.

Das Rote Kreuz im Notjahr.

An viele Türen pocht die Not, und unsere Zeit steht leider noch immer im Zeichen der Erwerbslosigkeit. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht immer wieder von neuem erführe, wie sehr sie sich auswirkt, wie weit sie nach allen Richtungen hin ihre Fühler ausstreckt. Auch Wohlfahrtseinrichtungen, die wertvoll sind für das ganze Volk, haben darunter zu leiden, daß die Mittel, die für das Wohltun, immer knapper werden, weil die Zahl derer, welche noch Geld hergeben können für das, was nicht unmittelbar zu den Lebensnotwendigkeiten gehört, immer geringer wird. Ein lehrreiches Beispiel hierfür ist der Jahresbericht, den das Rote Kreuz veröffentlicht.

Das Rote Kreuz war während seines letzten Geschäftsjahres in allen seinen Gliedern vor Aufgaben gestellt, die in ihrer ganzen Größe nur mit denen aus den Zeiten unmittelbar nach dem Kriege verglichen werden können. Die stark verbreitete Erwerbslosigkeit hatte zur Folge, daß die Zahl der Mitglieder des Roten Kreuzes um etwa 30 000 zurückgegangen ist, was allerdings bei noch 1 400 000 Mitgliedern nicht allzuviel ist. Aber dieser Rückgang ist doch ein Beweis dafür, daß Not und Verarmung auch in Kreise, die vielfach schon seit Jahrzehnten treue Mitglieder des Roten Kreuzes waren, eingedrungen sind. Ein reiches Beispiel ist dem Rote Kreuz aber in der Jugend entstanden. Die Zahl der Jugendabteilungen beträgt gegenwärtig bei den Frauenvereinen 752 mit über 18 000 jugendlichen Mitgliedern und bei den Sanitätskolonnen 375 mit über 5000 Mitgliedern.

Der Wille zum Festhalten an den bestehenden Aufgaben und Einrichtungen zeigte sich auch bei den in ihrer Existenz schwer bedrohten Gemeindefrankenpflegeanstalten, deren Zahl von 2362 nur um zwölf gesunken ist. Die Einrichtungen der Säuglingspflege, der Tuberkulosefürsorge, die Kindergärten und Kinderhorte sind im wesentlichen in ihrem Bestande erhalten geblieben. Einen unverkennbaren Aufschwung nehmen die Sanitätskolonnen. Erste Hilfe, Straßenhilfsdienst, Wasserrettungs- und Gebirgsrettungsdienst sind durch Neuerrichtung ständiger Rettungswachen ausgebaut worden. Die Leistungen in erster Hilfe zählten im vergangenen Jahre über 2,3 Millionen Fälle. Die besonderen Notaufgaben der Gegenwart, wie die Fürsorge für die erwerbslose Jugend durch Arbeitsbeschaffung, Bildungsfürsorge, Freizeiten usw. und die Beteiligung am Freiwilligen Arbeitsdienst sowie an der Winterhilfe, sind vom Rote Kreuz im letzten Jahre als vordringlich aufgenommen worden.

Das Deutsche Rote Kreuz umfaßt gegenwärtig 8150 Organisationen und Vereine. Von den 1,4 Millionen Mitgliedern gehören etwa eine Million den Frauenvereinen und rund 275 000 einschließlich Jugendgruppen den Sanitätskolonnen an.

Aus all dem ist eines klar ersichtlich: die Not ist groß, aber ein Versagen und Verzagen in der Not darf unter keinen Umständen Platz greifen, wenn es sich darum handelt, dem notleidenden Nächsten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften helfend beizustehen.

Aber Mutterliebe keine Liebe!

Ein altes deutsches Sprichwort ist das: mit schlichten Worten sagt es, daß es keine Liebe gebe, die größer wäre als die Liebe einer Mutter zu ihrem Kinde. Und nun halte man sich dies vor Augen: Eine in engen Verhältnissen lebende Mutter will ihr Leben verbessern, will sich auch einmal in schönen Gewändern zeigen können, und weiß, um dieses Ziel zu erreichen, keinen anderen Weg, als das Leben ihres hilflosen, kaum sechs Jahre alten Kindes hoch zu versichern und sich dann durch ein Verbrechen des Kindes zu entledigen, um in den Genuß der Versicherung treten zu können. Mehrere Versuche macht sie, um das unglückliche Kind loszuwerden: sie läßt es Stednadeln verschlucken, wirft es zur Nachtzeit ein paarmal ins Wasser und wirft es, als das alles nicht zum erwünschten Ziele führt, zuletzt von einem hohen Brückengeländer aus auf einen Eisenbahnschienenstrang, wo das Kind mit halb zerschmetterten Gliedern und bewußtlos aufgefunden wird. Eine Greuelgeschichte wäre dies? Eine Märchengeschichte von einer bösen Stiefmutter, die uns nur Angst

Abwarten in Genf

Das Wunder des Tischflüssens.

In Genf ist man wieder an der Arbeit, um den verfilzten und verwirrten Knoten der Weltpolitik und Weltwirtschaft zu entwirren. Aber es scheint, daß man immer mehr einfiebt, daß durch Konferenzbeschlüsse nichts mehr zu erreichen ist, ja daß durch sie die Verknötung nur noch fester und unlösbarer wird. Der glatte Mißerfolg in der mandatskurischen Frage hat gezeigt, daß selbst ein hoher Völkerverbund nicht in der Lage ist, seinen Willen durchzusetzen, wo wirkliche oder nur vermeintliche Lebensrechte eines Volkes in Frage kommen. Man bemerkt danach in Völkerverbünden das Bestreben, kurz zu treten und abzuwarten, wie sich die Dinge selbst entwickeln, um sich durch künstliche Eingriffe nicht wieder eine Blamage à la Mandatskurie zuzuziehen. Wer sich in Machtfragen als Schiedsrichter einmischen will, muß, um sich durchzusetzen, selbst Macht haben, oder wenigstens als moralische Kraft anerkannt sein. Aber die Zeiten sind vorüber, in denen man vom Völkerverbund als vom „Weltgewissen“ sprach. Die Ungleichheit der Lage in der ganzen Welt: die Regierungskreise in Deutschland, die innenpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs, der Präsidentenwechsel in Amerika und die wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophen überall, um nur einige Beispiele herauszugreifen, lassen es doppelt geraten erscheinen, abzuwarten. Der große französische Staatsmann Talleyrand pflegte Alten mit besonders schwierigen Problemen in die Vade seines Schreibstisches zu versetzen, und wenn er sie nach einiger Zeit wieder herausholte, konnte er, wie er berichtet, zu seiner Freude feststellen, daß sie sich inzwischen oft von selbst erledigt hatten. Auf solches Wunder des Tischflüssens scheint auch der Völkerverbund zu hoffen.

Keine überstürzte Klärung der Gleichberechtigungsfrage.

Neuraths Verhandlungen in Genf.

Zu den Verhandlungen des Reichsaussenministers mit den Vertretern Englands und der Vereinigten Staaten in Genf verlautet, daß zunächst nur eine Klärung der Standpunkte vorgenommen worden ist. Weder von französischer noch von deutscher Seite sind bisher irgendwelche Schritte über den Beginn direkter deutsch-französischer Verhandlungen ergriffen worden. In den Verhandlungen ist die deutsche Auffassung zur Gleichberechtigungsfrage von neuem entsprechend dem bekannten deutschen grundsätzlichen Standpunkt in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden.

Der vielerörterte Gedanke eines Zusammentritts der fünf Großmächte zur endgültigen Entscheidung über die Gleichberechtigungsfrage gewinnt wieder an Boden, da sowohl Macdonald als auch Mussolini sich bereits seit längerer Zeit für eine derartige Behandlung der Gleichberechtigungsfrage

außerhalb des Mechanismus der Abrüstungskonferenz

ausgesprochen haben. Jedoch wird von deutscher Seite die Behandlung dieser Frage im Kreise der fünf Großmächte nur dann für zweckmäßig erachtet, wenn vorher ähnlich wie auf der Lausanner Konferenz eine gewisse Klärung der Verhandlungsgrundlagen und Anerkennung der grundsätzlichen deutschen Forderungen erfolgt ist. Die von Frankreich gewünschte Festlegung des künftigen deutschen Rüstungsstandes gemeinsam mit der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung wird in leitenden englischen Kreisen als außerordentlich schwierig bezeichnet, da diese Fragen zu den Aufgabenfeldern der Abrüstungskonferenz gehören und nur im Rahmen des zukünftigen Abrüstungsabkommens entschieden werden können.

Man erwartet, daß Herriot voraussichtlich Donnerstag für zwei Tage nach Genf kommt, falls die großen innenpolitischen Schwierigkeiten des Kabinetts Herriots eine solche Abwesenheit des Ministerpräsidenten zulassen. In deutschen Kreisen verstärkt sich daher der Eindruck, daß während dieser Woche bis zu der vorläufig auf Sonnabend festgesetzten Abreise des Reichsaussenministers

Entscheidungen kaum zu erwarten

sind und die gegenwärtigen Verhandlungen eher als eine Vorbereitung für die weitere diplomatische Behandlung der Gleichberechtigungsfrage angesehen werden müssen. Man betont auf deutscher Seite, daß für eine sofortige und überstürzte Klärung der Gleichberechtigungsfrage nicht die mindeste Veranlassung vorliegt und man ruhig die weiteren Verhandlungen und die Klärung des Standpunktes der Gegenseite abwarten könne, selbst wenn die Entscheidung bis zum Anfang des nächsten Jahres hinausgeschoben werden müßte, da der deutsche Standpunkt zur Gleichberechtigungsfrage den hauptinteressierten Mächten seit langem bereits in allen Punkten bekannt sei und jetzt zunächst eine

Stellungnahme der französischen Regierung

erfolgen müsse. Unter diesen Umständen muß, entgegen den in leitenden englischen und amerikanischen Kreisen gehegten Hoffnungen, eine Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz bis zu dem vorläufig auf den 28. November festgesetzten Beginn der Tagung des Hauptauschusses als höchst zweifelhaft angesehen werden.

Die aufgeschobene

Weltwirtschaftskonferenz.

Erst Ende April oder Anfang Mai?

Der engere Organisationsausschuß des Völkerverbundes für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz beschloß nach längeren geheimen Verhandlungen, an denen auch Reichsaussenminister Freiherr von Neurath teilnahm, den endgültigen Zeitpunkt für den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz erst auf der Samartagung des Völkerverbundes festzusetzen.

Der Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz soll nach den letzten Verhandlungen erst Ende April oder Anfang Mai 1933 erfolgen.

Biel bemerkt wurde eine Erklärung Norman Davis', daß der vorbereitende Sachverständigenausschuß auch solche Fragen auf die Tagesordnung setzen solle, die einen

schwierigen politischen Charakter tragen. Man neigt darin ein Aufgeben der bisherigen amerikanischen Vorbehalte, wonach sich die Weltwirtschaftskonferenz nicht mit der internationalen Schuldenfrage und der internationalen Zolltarifpolitik befassen dürfe.

Neurath und Simon.

Die Gleichberechtigungsforderung gestellt.

Von zuständiger deutscher Stelle wird zu der Unterredung zwischen Neurath und Simon ausdrücklich festgestellt, daß hierbei die deutsche Gleichberechtigungsforderung klar und eindeutig gestellt, und daß selbstverständlich der deutsche Standpunkt in keinem Punkte von dieser Forderung abgewichen sei. Jedoch biete nach deutscher Auffassung der englische Plan gewisse Möglichkeiten für weitere Verhandlungen, wenn auch in zahlreichen Punkten eine Klärung des englischen Planes unerlässlich sei.

Neurath wird am Mittwoch Verhandlungen mit Henderson und Aloisi führen. Für eine optimistische Beurteilung der Lage liegt nach deutscher Auffassung keine Veranlassung vor, da der weitere Gang der Verhandlungen von der ungeklärten Haltung der französischen Regierung in der Gleichberechtigungsfrage abhängt.

Herriots Reise nach Genf auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Reise Herriots nach Genf, die ursprünglich auf den 23. November festgesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Herriot hält seine Anwesenheit in Genf im Augenblick für unnötig, da die Arbeiten der Abrüstungskonferenz kaum vor dem 28. November beginnen würden. Auch die Verhinderung Macdonalds sich nach Genf zu begeben, soll bei dem Entschluß Herriots eine gewisse Rolle gespielt haben.

Rund um den Reichstag

Der siebente Reichstag.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November ist jetzt der ersten amtlichen Untersuchung unterzogen worden, und zwar durch den Sachverständigen für Wahlfragen im Reichsministerium des Innern, den Ministerialrat Dr. Kaifenberg. In den Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst unterzieht er jetzt das Wahlergebnis einer kritischen Würdigung. Er untersucht dabei u. a. die Zu- und Abnahme der Parteien und stellt die geringe Wahlbeteiligung gegenüber der Zustimmung in Rechnung. Verfährt man in dieser Weise, so betont Dr. Kaifenberg, so zeigt sich, daß auf das ganze Reichsgebiet umgerechnet an Stimmen die Nationalsozialisten 11,5 Prozent, die Sozialdemokraten 5,6 Prozent, das Zentrum 4,9 Prozent und die Bayerische Volkspartei 2,9 Prozent verloren haben, während die Kommunisten 16,6 Prozent und die Deutschnationalen 47,5 Prozent gewonnen haben.

Die Nationalsozialisten haben in allen 35 Wahlkreisen Stimmen verloren, am meisten in Hamburg mit 19,3 Prozent und in Merseburg mit 19 Prozent, am geringsten in der bayerischen Pfalz mit 2,7 Prozent und in Hessen-Nassau mit 5,5 Prozent. Die Sozialdemokraten haben sich im Wahlkreis Liegnitz gehalten, in vier Wahlkreisen (Ostpreußen, Oppeln, Köln-Machen und Koblenz-Trier) zugenommen, in den übrigen Wahlkreisen aber abgenommen. Die prozentualen Abnahmehöhen schwanken zwischen 1,9 in Südbraunschweig-Braunschweig und 14,7 Prozent im Wahlkreis Berlin. Die Kommunisten als drittstärkste Partei haben nur in Oppeln die geringe Abnahme von 0,6 Prozent aufzuweisen, während sie in allen übrigen 34 Wahlkreisen sehr erheblich zugenommen haben. In fünf Wahlkreisen beträgt die Zunahme mehr als 30 Prozent, nämlich Liegnitz 30,3 Prozent, Weiser-Gms 30,4 Prozent, Württemberg 31,8 Prozent, Südbraunschweig-Braunschweig 32,1 Prozent, Oberbayerisch-Schwaben 33 und Hessen 34,4 Prozent. Das Zentrum hat sich im Wahlkreis Leipzig gehalten, in den Wahlkreisen Breslau und Oppeln geringe Gewinne von 2 und 3,2 Prozent, in den übrigen 27 Wahlkreisen mit eigenen Wahlvorschlägen Verluste zu buchen. Die Verluste schwanken zwischen 0,6 Prozent für Württemberg und 25 Prozent für Mecklenburg, blieben aber in 21 Wahlkreisen unter 10 Prozent. In der Pfalz waren Zentrum und Bayerische Volkspartei zusammengegangen. Ihr Verlust bemißt sich dort auf 5,5 Prozent. In den drei rechtsrheinischen bayerischen Wahlkreisen hat die Bayerische Volkspartei durchweg etwas verloren, in Oberbayerisch-Schwaben 3,3 Prozent, Niederbayerisch-Oberpfalz 1,9 Prozent und Franken 1,2 Prozent. Die Deutschnationalen können überall Gewinne in sehr erheblichem Ausmaße buchen. Nur in sechs Wahlkreisen liegen die Gewinne unter 30 Prozent, in allen übrigen darüber. Die Gewinne steigen bis zu 72,7 Prozent in der Pfalz, 73,3 Prozent in Niederbayerisch-Oberpfalz, 77,5 Prozent in Franken und 80,8 Prozent in Hamburg.

Die kleineren Mittelparteien haben zum Teil gewonnen, zum Teil verloren. Die Deutsche Volkspartei hat einen nicht unerheblichen Stimmenzuwachs von 51,5 Prozent, der Christlichsoziale Volksdienst einen solchen von 10,8 Prozent, die Deutsche Bauernpartei einen von 8,7 Prozent zu verzeichnen. Die Staatspartei hat 9,3 Prozent, die Wirtschaftspartei 24,9 Prozent verloren.

Burgfrieden in den Parlamenten.

Der vom Reichspräsidenten angeordnete Burgfrieden für die politischen Parteien wird bis in das neue Jahr hineindauern. In der Zwischenzeit wird aber nicht nur im Reichstag, sondern auch in den Länderparlamenten Gelegenheit zu recht ausgiebigen Erörterungen geboten werden. U. a. stehen bekanntlich im Preussischen Landtag umfangreiche Auseinandersetzungen bevor. Es ist nun in politischen Kreisen angeregt worden, den Burgfrieden auch auf die Parlamente auszudehnen. Man war sich allerdings von vornherein darüber klar, daß die Kommunisten sich einem solchen Vorschlag gegenüber ablehnend verhalten würden. Diese Vermutung hat sich durchaus bestätigt. Die Kommunisten denken nicht daran, sich bei ihren parlamentarischen Reden irgendwie Beschränkungen aufzuerlegen. Sie werden im Gegenteil im Preussischen Landtag und im Reichstag die schärfste Tonart an-

Zusammentritt des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz noch nicht abzusehen.

Henderson teilte in der Bürositzung der Abrüstungskonferenz am Dienstag mit, daß der Hauptauschuß voraussichtlich noch nicht in der Woche nach dem 28. November zusammentreten werde, da bisher eine Einigung zwischen den Großmächten über die schwebenden großen Fragen noch nicht zustande gekommen sei.

Frankreichs Haltung in der Gleichberechtigungsfrage keineswegs negativ. — Französische Stellungnahme zu den Genfer Ministerbesprechungen.

Von gut unterrichteter französischer Seite wird zu den Verhandlungen, die Paul-Boncour am Dienstag mit Simon und Norman Davis über die deutsche Gleichberechtigungsforderung geführt hat, mitgeteilt, daß von englischer und amerikanischer Seite die größten Anstrengungen gemacht würden, um Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen. Deutschland verlange Aufklärung über den französischen Standpunkt. Frankreich habe seinen großen Plan, in dem die Gleichberechtigungsfrage behandelt werde, bereits sämtlichen Mächten vorgelegt. Es sei daher jetzt an Deutschland, zu sagen, ob es diesen Plan annehmen wolle oder nicht. Die Haltung der französischen Regierung gegenüber der deutschen Gleichberechtigungsforderung sei keineswegs negativ, jedoch könne diese Frage unmöglich durch ein einfaches Ja oder Nein entschieden werden.

Die französische Regierung sei jetzt zu allen Verhandlungen zwischen den vier hauptinteressierten Mächten bereit und würde auch an einer Konferenz der vier oder fünf Großmächte teilnehmen. Erst nach eingehender Prüfung des englischen und französischen Planes durch die hauptinteressierten Mächte könne geklärt werden, ob eine Einigung in der Gleichberechtigungsfrage möglich sei oder nicht. Eine Behandlung des französischen Planes im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz habe keinen Zweck, solange nicht eine Einigung zwischen den Großmächten erzielt sei.

schlagen. Auch die Sozialdemokraten wollen nach durch Burgfriedensbestimmungen die Kritik nicht beschränken lassen. Es bliebe nun noch die Möglichkeit übrig zu versuchen, die anderen Parteien zu veranlassen, sich gerade in der gegenwärtigen Zeit in den Parlamenten Zurückhaltung aufzuerlegen. Versuche in dieser Richtung werden gemacht werden; ob mit Erfolg, ist allerdings mehr als zweifelhaft.

Adlige im neuen Reichstag.

Dem neugewählten Reichstag gehören nach Berechnungen auf Grund des bisher feststehenden Wahlergebnisses 26 Adlige an. Verhältnismäßig am stärksten ist der Anteil des Adels innerhalb der deutschen nationalen Fraktion, der folgende neun Adlige angehören: Rittergutsbesitzer von Arnim, Landrat i. e. R. Herbert von Bismarck, Professor Dr. Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Oberstleutnant a. D. von Ludwiger, Landwirt von Nestorff, Frau Studienrätin D. von Tilling, Landwirt Thilo von Trotha, Oberst a. D. von Bartenwerffer, der nicht dem letzten, aber einem früheren Reichstag schon angehört hatte, und Gutsbesitzer Frhr. von Schorlemer, der in Köln-Machen gewählt wurde und neu in den Reichstag einzieht. Zur nationalsozialistischen Fraktion werden mindestens 12 Adlige zählen, nämlich Fideikommißbesitzer von Coriswanz, Generalleutnant a. D. Ritter von Epp, Oberleutnant a. D. von Jagow, Kapitänleutnant Frhr. von Killing, Konteradmiral a. D. von Levetzow, Hauptmann a. D. von Pfeffer, Graf zu Reventlow, Schriftsteller Balbur von Schirach, Landrat a. D. von Schel, Landwirt von Tschammer und Osten, Oberstleutnant a. D. von Ulrich-Kassel und Landwirt Frhr. von Wangenheim. Unter Umständen kommen ferner noch Rittmeister a. D. von Dettin, in einem sächsischen Wahlkreis neu, und Volkswirt Dr. von Renteln als bisheriges Mitglied durch die Reichsliste in den Reichstag. Der Fraktion der Bayerischen Volkspartei gehören wiederum an Rittmeister a. D. Direktor Graf von Quadt zu Wydradt und Jzsh, und Regierungsrat Ritter von Ler, und bei der Deutschen Volkspartei ist Bankdirektor Dr. von Stauff wieder gewählt worden. Abgeordneter Dr. Schenk Frhr. von Stauffenberg vom Württembergischen Bauern- und Weinbauernbund wird sich zusammen mit dem zweiten Vertreter seiner Gruppe voraussichtlich wieder der deutschnationalen Fraktion anschließen.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 15. November 1932:

In der Zeit vom 1. bis 15. November hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen nochmals um 6520 oder 4,6% vermindert. Sie beträgt nunmehr 135 885, von denen 39 294 auf die Arbeitslosenversicherung (Abgang 1362) und 96 591 auf die Krisenfürsorge (Abgang 5158) entfallen. Der Rückgang an Hauptunterstützungsempfängern ist damit um rd. 1500 höher gewesen als in der zweiten Oktoberhälfte. Er dürfte auch die gleichzeitig erfolgte Zunahme an Wohlfahrtserwerbslosen nicht unwesentlich übersteigen.

Der Beschäftigungsgrad des westfälischen Arbeitsmarktes hat sich im Monat Oktober erheblich gebessert. Nachdem die Zahl der Beschäftigten während der Sommermonate mit rd. 940 000 fast unverändert geblieben war, erfolgte bereits im September eine Zunahme um 6000. Im Monat Oktober stieg die Zahl der Beschäftigten um mehr als das Doppelte, nämlich um 12 300 auf rd. 960 000. Sie hat damit den höchsten Stand während des ganzen Jahres erreicht und übertrifft den sommerlichen Höhepunkt der Beschäftigung noch um rd. 18 000.

Zu- bzw. Abnahme der Beschäftigten im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen:

	1930	1931	1932
August	— 18 000	— 47 000	plus 800
September	— 20 000	— 33 000	plus 6 000
Oktober	— 17 000	— 28 000	plus 12 000

Von den 12 300 Personen, die im Oktober mehr in Arbeit gebracht werden konnten, ist etwas weniger als die Hälfte auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. 9. 1932 wieder eingestellt worden. Bei der Einstellung der übrigen machten die Unternehmer offenbar von dem Recht der Lohnsenkung keinen Gebrauch.

Die Besserung des Beschäftigungsgrades findet neben der Zunahme der Beschäftigten ihren Ausdruck in einem Rückgang der Kurzarbeit. In den Monaten Juni, Juli und

und Grauen einjagen soll? O nein, leider nein! Es ist eine buchstäblich wahre Geschichte, die vor einigen Tagen in Berlin geschehen ist, und von der wir alle gehört oder gelesen haben. Und es geht hier nicht um eine „böse Stiefmutter“, sondern um des Kindes richtige Mutter. Und noch immer gibt es das Sprichwort, das Wahrvort: Aber Mutterliebe keine Liebe!

Wir können uns ja tatsächlich keine menschliche Liebe denken, die mehr wäre, die höher im Werte stünde als Mutterliebe. Dichter haben von ihr gesungen, Dichter aller Zeiten und aller Zungen, Künstler haben sie in rührenden Bildern und Bildwerken dargestellt, und es gibt wohl kein Volk auf der ganzen weiten Welt, das ihrer nicht in schönen Worten gedächte: „Unter allen Regungen des Herzens erkaltet einzig Mut. Liebe nie, sondern geleitet uns mit immer gleicher Wärme bis ans Grab“, heißt ein Wort, und solcher Worte über Mutterliebe gibt es viele, gibt es Hunderte. Und was solche Worte sagen, ist nicht leichtsinig hingeworfen, sondern ist nur Ausdruck alles dessen, was wir wirklich über die Liebe der Mutter zu ihrem Kinde denken und fühlen. Und wir denken so im allgemeinen, daß kein menschliches Wesen so entartet, so vertieft sein könne, daß es nicht eine fromme Scheu vor dem Worte Mutter empfinde. Und finden nun trauernden Herzens und aufs tiefste erschüttert, daß es eine Mutter gibt, die auf die grausamste Weise ihr Kind beseitigen will, um in Puß und Flitter einhergehen zu können. Und hoffen und wünschen, daß es wirklich nur diese eine entartete Mutter gegeben haben möge, weil sonst unser inniger Glaube an die Mutterliebe, die mehr ist als jede andere Liebe, für immer dahin wäre!

—**Ab. Das Handwerk zur Sonderregelung der Verzugszuschläge für Landwirte.** Die für die Landwirtschaft getroffene Sonderregelung, wonach für die am 15. Nov. fälligen Beträge auf die Einkommen- und Vermögenssteuer keine Verzugszuschläge zu zahlen sind, sofern sie bis zum 15. Dezember entrichtet werden, gab dem Reichsverband des deutschen Handwerks Veranlassung, den Reichsfinanzminister erneut auf die enge wirtschaftliche Verbundenheit der Landwirtschaft und des Handwerks in ländlichen Gegenden hinzuweisen, eine Verbundenheit, die zur Folge hat, daß die Handwerker, deren Kundenkreis sich ganz oder überwiegend aus Landwirten zusammensetzt, in ihren eigenen Zahlungen stark von der Art abhängig sind, wie die Landwirte ihre Handwerkerrechnungen begleichen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hält ein gleiches Entgegenkommen gegenüber den Steuerpflichtigen für geboten, die ihrerseits eben so lange auf den Eingang ihrer Außenstände warten müssen. Der Minister wird gebeten, den Erlaß vom 1. November auf den bezeichneten Kreis von Gewerbetreibenden auszudehnen.

—*** Der Saatenstand Anfang November 1932.** Für den Kreis Altna wurden von den Vertrauensleuten nachstehende Durchschnittsnoten abgegeben: 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering. Winterweizen 2,7 (im Reg.-Bez. 2,4 in Preußen 2,6) — Winterroggen 2,8 (im Reg.-Bez. 2,5 in Preußen 2,6) — Wintergerste 3, — (im Reg.-Bez. 2,5 in Preußen 2,5) — Junger Klee 2,8 (im Reg.-Bez. 2,8 in Preußen 2,6) — Viehweiden 3,2 (im Reg.-Bez. 2,9 in Preußen 3,0).

—*** Viehzählung.** Am 1. Dezember findet im ganzen Reich die jährliche Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere, Maulesel und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke. Gleichzeitig wird in Preußen eine Zählung der Kaninchen und der in den Monaten September, Oktober und November 1932 geborenen Kälber durchgeführt. Die Zählung erstreckt sich in diesem Jahre auch auf sämtliche Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern. Sie ist sowohl für die Landwirtschaft als auch für agrar- und ernährungspolitische Maßnahmen der Regierung von großer Bedeutung. Die in den Zählbezirkslisten aufgenommenen Angaben über den Viehbesitz dürfen für Zwecke der Steuer- und Veranlagung nicht verwendet werden. Ueber diese Angaben wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Ihre Benutzung für die Aufbringung der Viehsteuereinschätzung ist jedoch zulässig, weil diese nicht als Steuerveranlagung gilt. Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 17. Januar 1917 oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet oder unwissenlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen“ erklärt werden. Die Zählung wird gemeindeweise und innerhalb der Gemeinde nach Zählbezirken durch Zähler erfolgen. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt.

Salver

—**;) In die Reihe der Jubiläumsbauten rückt nun auch unser Konfirmandenhaus.** Im November vor 25 Jahren beschloß die Kirchenvertretung den Bau des Konfirmandenhauses. Es befand sich dort früher das Arrestlokal der politischen Gemeinde, das abgebrochen wurde. Sogleich im nächsten Jahre wurde der Bau des Konfirmandenhauses in Angriff genommen. Nach erfolgter Inneneinrichtung, Anlage von Heizung und elektrischem Licht fand die erste Sitzung des Presbyteriums in dem neuen Gebäude statt. Am gleichen Tage geschah die Abnahme des Hauses durch die Baukommission. Nach einer genauen Besichtigung des Hauses und seiner Einrichtungen wurde das Ganze als wohlgelungen und zweckmäßig bezeichnet und die sofortige Benutzung des Hauses unter Verzicht auf eine besondere Feier beschlossen. Seit diesem Tage sind nunmehr bald 25 Jahre verflossen und dient das großräumige, stattliche Gebäude seinen verschiedenen Bestimmungen: Dem Konfirmanden-Unterricht, den Kirchenvertreterungen, zur Erhebung der Kirchensteuer, den Übungen des Kirchenchors und seit länger als einem Jahre hat auch die christliche Nächstliebe hier ihr Heim gefunden.

—**(Mit dem hauffseemäßigen Ausbau der Begetreide Anschlag-rheinische Kreisgrenze (Gemeinde Müppelberg)** ist man jetzt beschäftigt. Man hat dort, wo der Weg von Bommert in die Straße Bergfeld-Anschlag einmündet, mit dem Abtragen der Straßenböschung, um eine Verbreiterung der Fahrbahn zu erzielen, begonnen. Dann erhält die Straße noch eine neue Steindecke. Die auszubauende Straße führt längs Anschlag-Engfeld bis hinter Schlebenholt. Diese Straßenverbesserung läßt der Kreis Altna ausführen.

—**! Lichtspiele Karlsruhöhe.** Die Lichtspiele Karlsruhöhe werden wieder eröffnet und zwar schon am kommenden Sonntag. Zur Einführung gelangt „Reserve hat Ruh“ ein Film, dem der Ruf vorausgeht, der lustigste aller bisher gezeigten Militärschwänke zu sein, zur Vorführung. Das Garnisonleben der Vorkriegszeit wird in einer Fülle komischer Episoden geschildert: Feldwebel, Rekruten, Ein-

jährige, Hauptleute — sind die Helden der lustigen Handlung, in der natürlich auch nicht reizende Vertreterinnen des schwachen Geschlechts fehlen. Alles dreht sich um einen weltfremden, jungen Gelehrten, der, zum Militär eingezogen, der Schrecken der Kompagnie wird. Die Komik der Situationen steigert sich von Akt zu Akt und erreicht ihren Höhepunkt in einem Manöver, das mit einem Miesenaufgebot von Truppen in Szene gesetzt wurde. Die Hauptdarsteller des von Max Obal inszenierten Schwanke sind Fritz Kampers, Paul Hörbiger, Eucie Englich, Senta Söneland, Claire Kommer, Hugo Fischer-Köppe, Albert Paulig u. a. — Ein gut zusammengestelltes Beiprogramm vervollständigt die Darbietungen. Die Leitung der Lichtspiele Karlsruhöhe hat es sich angelegen sein lassen ihr Kino mit der neuesten modernsten Klangfilm-Apparatur auszurüsten um den Besuchern eine wirklich erstklassige Darbietung gewährleisten zu können. Wir verweisen noch auf das in einer unserer nächsten Ausgabe erscheinende Inserat.

Schalksmühle

—**O Polizeiliches.** Zugelassen: Ein Hund. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeheftstelle Schalksmühle geltend zu machen.

—**Heedfeld.** Notwendige Reparatur. Die Kirchengemeinde Heedfeld muß unbedingt Reparaturarbeiten an ihrem Gotteshaus vornehmen lassen, was aber aus ihren eigenen Mitteln unmöglich ist. Sie ist auf eine finanzielle Unterstützung ihrer Nachbargemeinden angewiesen. Aus diesem Grunde war die letzte Kirchenkollekte für diesen Zweck bestimmt. Hoffentlich gelingt es der Gemeinde recht bald, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Kierspe

—**s Ein Heimatmuseum.** Unsere Volksschule ist damit beschäftigt, ein Heimatmuseum einzurichten. Hin und wieder begegnen wir schon Kindern, die eifrig auf der Suche nach Zeugnissen aus alter Zeit waren. Wie wir erfahren, ist die Sache so gedacht, daß das heimische Leben sich in diesem Museum darstellen soll. So ist z. B. durch die Mitarbeit der hiesigen Fabrikanten bereits die Möglichkeit gegeben, die heimische Industrie in einzelnen Gruppen zu zeigen. Zum Teil sind auch schon landwirtschaftliche Geräte und typische Handwerkszeuge gesammelt. Daneben sollen auch Photographien bedeutungsvoller Gebäude und Begebenheiten gesammelt werden. Wer irgend etwas besitzt, was mit dieser bedeutungsvollen Arbeit in Zusammenhang gebracht werden kann, möge dies für den Zweck zur Verfügung stellen. Die Namen der Stifter werden in einem Buch für alle Zeit aufgehoben. Es wäre zu wünschen, wenn der aufgegriffene Gedanke eine reiche Gönnerschaft fände. Der zukünftige Erlös soll bedürftigen Schülern zugute kommen.

—**s Verkehrsunfall.** Vor den Plateschen Fabriken wurde ein Radfahrer von einem Personenwagen angefahren. Während der Radfahrer selbst mit dem Schrecken und einem zerketteten Anzug davon kam, wurde sein Rad vollständig zertrümmert. Angeblich soll den Fahrer des Wagens die Schuld an dem Vorgang treffen.

Rönsahl

—**c Totenfest!** Der letzte Sonntag des Kirchenjahres, dem Gedenken unserer teuren Toten geweiht, fand kirchlich einen würdigen Abschluß. Der Gottesdienst hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen und wurde selbiger mit dem Kirchenliede „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfassen“ eingeleitet. Seiner Festpredigt legte Pfarrer Radtke das Bibelwort Psalm 90, 12 „Lehre uns bedenken, daß wir sterben müssen, auf daß wir klug werden“ zugrunde und schilderte in fesselnder Weise das menschliche Leben vor und nach dem Tode und entrollte ein Bild über die Bedeutung des Todes. Zum Schluß des Gottesdienstes machte Pfarrer Radtke die Gedenken des verstorbenen Kirchenjahres bekannt; es sind 5 erwachsene Personen, eine Person wurde von auswärts hierselbst beigelegt. Die abzuhaltende Kollekte dient zur Instandhaltung des Kirchturmes der evgl. Kirchengemeinde Heedfeld b. Lüdenscheid sowie der Kriegsgräberfürsorge. Im Anschluß an den Gottesdienst fand die Austeilung des heiligen Abendmahls statt. — Auf dem Friedhof waren die Gräber gesäubert und mit frischen Kränzen, Sträußen und Blumen geschmückt. Die Witterung war dem Charakter des Totensonntags angepaßt; grau in grau mit Regen.

—**c Das Strandbad Rönsahl e. B.** hielt am Sonntagabend im Gasthof zur Post hieselbst eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche um 9 Uhr vom 1. Vorsitzenden Herrn Dr. med. Dolhaine mit begrüßenden Worten und einem „Pläster-Naht“ eröffnet wurde. Durch den Geschäftsführer Herrn C. Sure wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und gab derselbe auch ein Bild über den Stand der Kassenlage. Am Sonntag vormittag wurde die Strandbadanlage einer Besichtigung unterzogen und fand an Ort und Stelle eine Vorbesprechung statt. Der 1. Vorsitzende referierte hierüber in der Versammlung; die Erdarbeiten, soweit sie die Aushebung des gesamten Beckens betreffen, sind fertiggestellt und ist damit der wichtigste Bauabschnitt beendet. Die jetzt in Angriff zu nehmende Arbeit ist der Wasser-Einlaß, was noch vor Eintritt des Frostes geschehen sein muß. Ueber das „Wie?“ dieser Arbeit machte der Vorsitzende einige Vorschläge und stellte selbige zur Diskussion, da der angrenzende Grundstückseigentümer betr. Durchlaß des Wassers besondere Bedingungen geltend macht. Nach einer lebhaften Aussprache konnte mit dem inzwischen erschienenen Eigentümer in Verhandlungen eingetreten werden und wurde eine Einigung erzielt. Mit der Anlage des Wasserzulaufs, deren Art der Ausführung dem Vorstände übertragen wurde, wird sofort begonnen. Die Regelung der Erwerbung der Mitgliedschaft — durch Leistung von 30 Arbeitsstunden oder Zahlung von RM 10. — wurde vorgenommen und sind von den 56 Mitgliedern noch 11 mit der Arbeitsleistung im Rückstand; letztere wollen ihre Mitgliedschaft durch Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtung erwerben. Der Vorsitzende Herr Dr. med. Dolhaine muß leider seinen Posten infolge Fortzuges niederlegen, sodas eine Ersatzwahl getätigt werden mußte. Herr Lehrer H. Schade wurde einstimmig als Vorsitzender gewählt und an dessen Stelle als Beisitzer Herr Fr. Graß. Unter Verschiedenes wurde die Finanzfrage erörtert. Es stehen noch einige zugelegte Stiftungen aus und soll versucht werden, solche jetzt möglichst schnell hereinzubekommen. Vorgenommene Sammlungen waren von Erfolg und werden noch Spenden angenommen. Zum Schluß der Versammlung dankte der Geschäftsführer Herr C. Sure Herrn Dr. Dolhaine für dessen rege Tätigkeit als Vorsitzender und gab ihm die besten Glückwünsche für seinen ferneren Lebenslauf mit auf den Weg. Herr Dr. D. nahm dieselben dankend entgegen und bat, ihn als Mitglied weiter zu führen. Um 11 Uhr schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit einem dreifachen „Pläster-Naht“.

—**yn Hagen.** Verfehlte Sanierung. Der Kaufmann Siegfried B. war Werber für eine Modezeitschrift. Infolge eines Motorradunfalls erlitt er eine Fußverletzung und konnte seinen Dienst nicht versehen. Da die Finanzen immer knapper wurden, setzte er sich hin und schrieb einige fingierte Bestellzettel und ließ sich von seiner Firma die Provision auszahlen. Doch der Schwindel kam bald heraus. Die Folge war Festnahme wegen Betruges und Urkundenfälschung. Die Strafe lautete auf 4 Wochen Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt galt.

—**Düsseldorf.** Um den Fußball-Länderkampf Holland-Deutschland zu sehen, der am 4. Dez. in Düsseldorf stattfindet, werden die Holländer in Massen nach Düsseldorf strömen. Wie uns aus Rotterdam mitgeteilt wird, sind sieben Sonderzüge vorgezogen, die die Fußballfreunde aus allen Ecken Hollands nach Düsseldorf bringen werden. Aus Amsterdam kommen zwei Züge; einer von ihnen verkehrt sogar schon am Sonnabend. Aus Breda und Zwolle, aus Leiden, Leeuwarden und Heerlen werden die Hollandsonderzüge nach Düsseldorf verkehren.

Nah und Fern

—**O Der Schutengel des Kindes.** In einem Berliner Mietshause stürzte ein dreieinhalbjähriges Kind aus dem dritten Stock auf die Straße. Es erlitt nur eine leichte Gehirnerschütterung und Hautabschürfungen. Das Kind hatte in Abwesenheit der Eltern das Fenster geöffnet und war auf ein Baugerüst, das sich vor dem Fenster befand, geklettert. Dies bemerkte eine Frau aus dem gegenüberliegenden Hause, die das Kind beim Namen rief. Vor Schreck fiel es vom Baugerüst auf die Straße. Als die Frau dem Kinde zu Hilfe eilte, kam es ihr, als ob nichts geschehen wäre, entgegen.

—**O Der polnischen Justiz entronnen.** Ein junger Mann aus Bommert mit Namen Albert Sielo, war von den Polen wegen angeblicher Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt ist es dem Verurteilten gelungen, zu entfliehen und nach mehrtägliger Umherirren die deutsche Grenze zu überschreiten. Auf seiner Flucht wurde er von einem polnischen Posten angehalten, der ihn aber nicht erkannte.

—**O Aufruhr gegen den Pfarrer.** In der Ortschaft Boruchow in Wolhynien bestand zwischen den orthodoxen Gläubigern und ihrem Pfarrer seit langer Zeit eine Feindschaft, die dieser Tage mit einem förmlichen Aufruhr gegen das Pfarrhaus endete. Die Bauern schlossen die Kirche ab, umzingelten dann das Pfarrhaus und begannen, es mit Steinen zu bombardieren. In der Notwehr ergriff der Pfarrer seinen Revolver und schoß einen Bauern nieder. Daraufhin wurde das Haus gestürmt und der Pfarrer furchtbar verprügelt. Das Erscheinen der Polizei rettete ihn vor dem sicheren Tode.

—**O Ein kaum glaubliches Verbrechen.** In dem Dorfe Lobe in Frankreich bewohnte ein Landarbeiterehepaar mit seiner fünfjährigen Tochter und dem 65jährigen Vater der Frau ein kleines Haus. Zwischen den Ehegatten und dem alten Manne gab es dauernd Streitigkeiten. Nach einem solchen Streit stürzten sich der Landarbeiter und seine Frau auf den Greis und erdrosselten ihn. Die fünfjährige Tochter des Ehepaares, die das Verbrechen gesehen hatte, wurde von ihrem Vater in den nahen Wald geführt und an einem Baume erhängt; er wollte sich dadurch einer unbequemen Zeugin entledigen. Ortsbewohner fanden den Leichnam des Kindes und benachrichtigten die Polizei, die dann die beiden Mörder verhaftete.

—**O Großartige künstliche Leistung eines Pferdes.** In Cromwell (Connecticut) rannte ein Pferd, das durch vorüberfahrende Autos scheugemacht worden war, über eine Wiese, setzte über einen Baum und landete in sitzender Stellung auf dem Verdeck eines Autos, das sich in voller Fahrt auf einer etwas tiefer liegenden Landstraße befand. Während das Verdeck beschädigt wurde, blieb der Autofahrer unverletzt. Solche Kunststücke sieht man sonst nur im Film.

—**O Die „Sierra Nevada“ wieder flott.** Der deutsche Dampfer „Sierra Nevada“, der bei einem Zusammenstoß mit einer Raimauer in Lissabon beschädigt wurde, ist wieder ausgebessert worden. Er konnte seine Fahrt nach Brasilien fortsetzen.

—**O 2000 Schafe durch einen Hagelsturm getötet.** Die Springbodebene in Transvaal wurde von einem Hagelsturm heimgesucht, bei dem 2000 Schafe getötet wurden. Nach dem Sturm lagen die Hagelförner 30 Zentimeter hoch.

—**O Zwölf Tote bei einem Omnibusunglück.** In der Nähe von Bagdad fanden zwölf Passagiere eines Überlandomnibusses, der umgestürzt war, den Tod. Eine der getöteten Personen, ein zwölfjähriges Mädchen, war von Mossul nach Bagdad unterwegs, um dort zu heiraten.

—**O Tödlicher Absturz eines spanischen Fliegerleutnants.** In Albacete in Spanien stürzte ein Flugzeug ab und geriet in Brand. Der Flieger, ein Leutnant, wurde getötet, der Beobachter schwer verletzt.

—**O Eine Sturzsee reißt eine Kommandobrücke mit drei Personen über Bord.** Der norwegische 4700-Tonnen-Grachtdampfer „Ingerto“ aus Bergen geriet auf der Fahrt von Gdingen nach Reykjavik in einen furchtbaren Orkan, wobei eine Sturzsee die Kommandobrücke über Bord spülte und den Kapitän, den ersten Steuermann und einen Matrosen mit sich riß. Alle drei sind umgekommen. Das Schiff befand sich in größter Seerot. Einem Fischdampfer gelang es, die „Ingerto“ bis in die Hafeneinfahrt von Reykjavik zu bringen.

Die ansteckenden Krankheiten in Deutschland.

Im Deutschen Reich sind für das dritte Vierteljahr 1932 Fälle ansteckender Krankheiten in folgender Höhe gemeldet worden: Fälle von Pocken sind nicht bekanntgeworden. Dagegen sind diesmal drei Fälle von Typhus mit tödlichem Ausgang gemeldet worden. Die Zahl der Diphtherieerkrankungen betrug 36 070. Davon waren 1832 tödlich. 368 Fälle von Genickstarre sind bekanntgeworden, von denen 192 zum Tode führten. 33 617mal wurde Scharlach festgestellt. Hieran starben jedoch nur 271. Fleischn-, Fisch- und Wurfbestrafungen wurden im dritten Vierteljahr 1932 1873mal gemeldet. Von diesen verließen 43 tödlich. Typhusfälle wurden 3243 gezählt, von denen 10 Prozent tödlich endeten. Die Fälle an übertragbarer Ruhr betrugen 3653 mit 93 Todesfällen. Die Zahl der Erkrankungen an Kindbettfieber betrug 4049, von denen mehr als ein Viertel zum Tode führten.

Wie weiter aus einem Bericht des Reichsgesundheitsamtes hervorgeht, sind 1930/31 520 Infektionen des Menschen mit der Bangischen Krankheit bekanntgeworden.

Die Zahl ist mit 626 um wenig geringer als im Vorjahr. Die Erkrankungen waren in Nord- und Ostdeutschland häufiger als in West- und Süddeutschland. 75 Prozent der Erkrankten waren Männer. Von den bekanntgewordenen Fällen verliefen zwei tödlich. Überwiegend war Anlaß der Erkrankung eine nähere Berührung mit kranken Kindern oder der Genuß von ungekochter Milch. Nur in drei Fällen ließ sich eine Infektion durch Tätigkeit im Laboratorium feststellen. Hauptsächlich waren in der Landwirtschaft Beschäftigte von dieser Krankheit befallen.

Pflegt deutsche Hausmusik!

Es war schon immer so, daß der 22. November als Gedächtnistag der heiligen Cäcilia, die seit dem 15. Jahrhundert als Schutzpatronin der Kirchenmusik, aber auch der Musik schlechthin gilt, vielerorts durch Musikaufführungen von besonderer Art gefeiert wurde. In diesem Jahre aber hatte man schon lange vorher sich vorgenommen, am Cäcilientage einer ganz besonderen und in früheren Zeiten mit Recht so außerordentlich beliebten Art von Musik, der „Hausmusik“, das Wort zu reden und dringend zu empfehlen, daß sie, die leider in den Hintergrund gedrängt worden ist, wieder gehegt und gepflegt werde wie ehemals.

Wenn man „Hausmusik“ sagt, meint man durchaus nicht eine Musik, die nur innerhalb der vier Wände eines musikfreundlichen Heims ihren Geltungsbereich hat, sondern eine gute, gewissermaßen „kleine“ Musik, die im Gegensatz steht zu der großen Konzertmusik: es kann sich um Kammermusik im Gegensatz zur lauten Orchestermusik handeln, es kann aber auch „nur“ intime Klaviermusik sein oder ein Wechselspiel zwischen Geige und Klavier, denen sich noch ein Cello und eine Bratsche hinzugesellen mögen. Alle Musikfreunde der älteren Generation wissen aus ihren Jugenderfahrungen ganz gut, was gemeint ist, wenn von solcher „Hausmusik“ die Rede ist. Es gab eine Zeit, in der viele deutsche Häuser Pflegestätten guter klassischer und romantischer Musik waren, und nicht nur guter Instrumentalmusik, sondern auch guter Volksmusik, die aus den Liederschatzen der Schubert und Schumann, der Mendelssohn und Brahms schöpfte.

In unserer jetzigen Zeit, die nicht mehr geruchsam, sondern hastig, nicht mehr besinnlich, sondern aufgeregter und nervös ist, ist das alles oder mindestens doch vieles leider vergessen worden, denn es kamen Radio und Grammophon ins Haus, so daß man es nicht mehr nötig zu haben glaubte, selbst Musik zu machen, da man sich die Musik von draußen zusehen lassen konnte. Radio und Schallplatten haben ganz gewiß ihre große kulturelle Bedeutung, aber es ist doch eigentümlich sehr, sehr schade, daß sie die Hausmusik — die nicht mit oberflächlicher „Salonmusik“ zu verwechseln ist — so ganz verdrängen sollten.

Darum ist es gut, daß wir uns wieder auf uns selbst besinnen und zurückfinden wollen zu der edlen, vornehmen Musikpflege von einst. Und darum war es gut, daß in ganz Deutschland der Tag der heiligen Cäcilia in den Schulen und im Hause der Hausmusik gewidmet war, daß auch vom Radio in dankenswerter Weise auf die Hausmusik hingewiesen wurde. Es ist sehr erwünscht, daß sie wieder auflebe, und daß wir vor den Stürmen der Zeit, die uns ruhelos hin und her werfen, wieder flüchten können in den Hafen unseres Hauses, das unsere Burg ist, um, selbst Musik ausübend oder guter Musik lauschend, unser Herz und unsere Sinne erfreuen zu können an den wunderbaren Werken unserer großen Meister, um die uns die ganze Welt beneidet!

Unser altes Kamerun.

Für die Rückgabe von Togo und Kamerun.

Auf Einladung der Deutschen Kolonialgesellschaft sprach Dr. R. Schlubach-Hamburg über die Entwicklungsmöglichkeiten am Golf von Guinea. Deutschland fehle der Lebensraum. Das Deutschum in Nord- wie in Südamerika werde aufgefressen. Ganz Asien befände sich in innerem Aufruhr. Wenig hätte daran gefehlt, daß Frankreich seinen indonesischen Besitz durch einen großen Aufstand verloren hätte, und wir Deutsche sollten uns daher aus Asien heraushalten. In den Südseegebieten könne der Europäer bei den heutigen niedrigen Weltmarktpreisen nicht bestehen. Dagegen sollten wir Afrika höchste Aufmerksamkeit zuwenden. Zwar würden wir die Entwicklung nicht aufhalten können, daß unter Verletzung unserer Rechte Deutsch-Südwestafrika Glied der in nicht allzu ferner Zeit von England unabhängigen Südafrikanischen Union sein werde. Trotzdem sollten wir aber darauf hinarbeiten, die weiße holländisch-niederländische Rasse dort zu stärken, um dereinst dort ein blutverwandtes Volk zu haben, wie es ähnlich die Amerikaner für die Engländer sind. Südwestafrika genüge jedoch nicht für die Sicherung unseres Lebensraumes. Das Gebiet, das für uns in Betracht kommt, liege um den Golf von Guinea. Es handelt sich in erster Linie um unser altes Kamerun und Togo. Auf diese Gebiete könnten wir nicht verzichten, und jetzt sei die Zeit gekommen, die Forderung nach ihrer Rückgabe auch öffentlich zu erheben. Die Erschließung und Ausnutzung der Tropen sei erst möglich gewesen, seit die ärztliche Wissenschaft um die Jahrhundertwende die Erreger der furchtbaren und für den Europäer nicht erträglichen Tropenkrankheiten entdeckt hat und sie bekämpfen konnte. Deutsche Ärzte seien in hervorragender Weise daran beteiligt gewesen. Deutschland habe in der kurzen Zeit seiner kolonialen Tätigkeit seine Befähigung zum Kolonisieren vollauf bewiesen und Erstauflisches geleistet. Einen Vergleich mit anderen Völkern könne es wohl ausstellen.

Während das kleine Portugal gar nicht in der Lage sei, den vierundzwanzigmal seinen europäischen Raum ausmachenden Kolonialbesitz auszunutzen, ja, als agrarischer und nicht überbevölkerter Staat einen solchen Kolonialbesitz nicht einmal brauche, würden auch Togo und Kamerun noch nicht genügen, um Deutschland ausreichenden Lebens- und Siedlungsraum zu verschaffen, den wir unbedingt verlangen müßten. Daher sollten wir uns in friedlicher Weise — nicht auf gewaltsame Art — mit Portugal auseinandersetzen, um in Angola und Guinea zu erwerben, was Portugal nicht benötige. In wenigen Jahrzehnten könnten dort Hunderttausende, ja vielleicht Millionen von Deutschen angesiedelt werden.

Der Redner schilderte im einzelnen die dortigen klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen und betonte zum Schluß noch einmal als dringendste Forderung die nach der Rückgabe unserer alten Kolonien Togo und Kamerun, damit wir anfangen könnten mit der Arbeit.

Ein Gerichtsassessor im Bunde mit Autoschiebern?

Dr. Richard Kivitz soll entflohen sein.

Im Zusammenhang mit der Stettiner Autoschieber- und Autohehlerangelegenheit wurde in den letzten Tagen

auch der Name des Berliner Gerichtsassessors Dr. Richard Kivitz genannt. Dr. Kivitz war im Kammergerichtsbezirk Berlin einem Anwalt als Mitarbeiter zugewiesen worden. Er arbeitete zur vollen Zufriedenheit des Anwalts, meldete sich jedoch plötzlich krank und erklärte, er könne seine Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. Im Bußtag verschwand der Gerichtsassessor, nachdem er von dem Vorgehen der Stettiner und Berliner Kriminalpolizei gegen den Kaffeehausbesitzer Erban und dessen Flucht gehört hatte, aus Berlin. — Nach einer anderen Meldung soll Dr. Kivitz die Absicht haben, sich Donnerstag in Stettin zu stellen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. November.

Ein Zuchthausurteil des Berliner Sondergerichts.

Berlin. Das Berliner Sondergericht verurteilte den Arbeiter Georg Hellwig, der am 4. November während des WBS-Streiks in den Nachtstundenzug auf eine durch den Treptower Park fahrende Straßenbahn einen Stein geworfen hatte, wegen vollendeter Transportgefährdung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus.

Wichtige Genser Besprechungen über die Danziger Fragen.

Genf. In den Danziger Fragen haben längere Verhandlungen zwischen dem Danziger Völkerverbundskommissar Nosting und dem englischen Außenminister Simon, ferner zwischen dem polnischen Außenminister Bed und dem Generalsekretär des Völkerverbundes stattgefunden. Der Völkerverbund wird zunächst den Standpunkt der Danziger und der polnischen Regierung in der Frage der Flotzverordnung anhören. Die Entscheidung soll jedoch Ende der Woche fallen.

Berliner Motorrad in Pommern verunglückt.

Stettin. Auf der Fahrt von Berlin nach Stolp verunglückte hinter Gollnow der Ingenieur Martin Thom aus Berlin mit seinem Motorrad. Durch Versagen der Steuerung fuhr Thom mit derartiger Wucht gegen einen Baum, daß der Motorradfahrer schwer verletzt wurde und sich überlief. Die im Motorrad sitzende Ehefrau erlitt schwere innere Verletzungen, denen sie bald darauf erlag. Das ein Jahr alte Kind blieb unverletzt. Thom erlitt ernste Verletzungen und wurde in das Krankenhaus Gollnow übergeführt.

Der Führer der bayerischen DVP. zurückgetreten.

München. Der langjährige Führer der bayerischen Deutschnationalen, Dr. Hans Hilpert-München, hat aus Gesundheitsrücksichten den Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern niedergelegt.

Aufdeckung großer Unterschlagungen in Köln.

Köln. Die Kriminalpolizei verhaftete den Leiter der hiesigen Filiale einer Düsseldorf-Großhandlung wegen schwerer Urkundenfälschung, Vernichtung von Urkunden, Untreue und Unterschlagung. Nach dem Geständnis des Verhafteten beläuft sich die unterschlagene Summe auf etwa 35 000 Mark. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Man nimmt an, daß der verurteilte Betrag noch höher ist. Im weiteren Verlauf der Ermittlung wurden noch Veruntreuungen von zwei Angestellten der Filiale aufgedeckt.

Selbstmord des Rechtsanwalts Max Meß.

Luxemburg. Der Sekretär des luxemburgischen Automobilklubs, Rechtsanwalt Max Meß, der wegen Unterschlagungen von 1 300 000 luxemburgischen Franken (rund 200 000 Mark) geflüchtet war, hat sich in Wiltz (Eifel) in dem Augenblick erschossen, als er von deutschen und luxemburgischen Kriminalbeamten verhaftet werden sollte.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Fritz Ramowsky
Luise Ramowsky
geb. Hothaus

zeigen ihre Vermählung an.

Halber den 24. November 1932.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem Hinscheiden unseres innigstgeliebten Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere Herrn Pfarrer Stommel für die überaus herzlichen und trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Ww. Heinrich Dahlhaus,
Familie Hugo Dahlhaus.



Nach vollendetem 80. Lebensjahr entschlief heute morgen, 3 Uhr, sanft und gottergeben meine liebe Frau, unsere geliebte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

Frau Lina Förster
geb. Voß.

Um stille Teilnahme bitten:

Wilhelm Förster
und Kinder.

Schmidtslepen, Oberbrügge und Münster,
den 23. November 1932.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 26. cr. nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause. Trauerfeier 1/2 Stunde vorher. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.



Preis RM. 2.70 und RM. 3.15, auswechselbare Glasfeder in jeder Schriftstärke 25 Pfg.

Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

2 Zimmer

in Halver an kdl. Chpr.
sodort abzugeben.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

13000 RM.

als Hypothek an erster Stelle für ein größeres Bauerngut in hiesiger Gegend

gesucht.

Angebote unter X 495 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:

Langenbrahmer Anthrazit Nuß 2,

Langenbrahmer Anthrazit Nuß 3,

Brechfots 40/60,

Brechfots 20/40.

Fett - Nuß 2

Eß - Nuß 2,

Reine Stückkohlen,

Schmiedekohlen,

Braunkohlenbricketts,

E. Zimmermann,

Ohl-Rönfahl.

Telefon Nr. 11 Rönfahl

Alle

Photo - Arbeiten

Vergrößerungen.

Beste Ausführung.

Ad. Kaiser, Halver

Habe Freitag früh hochtragende

W. Schoppmann,

Pinge b. Marienheide.

Telef. 312 Marienheide.

Willkommene Geschenke sind

Porzellan-Waren

Reichhaltige Auswahl —
schöne Neuheiten —
preiswert.

Wilh. Bell jr., Halver.

Kölner Börse ohne nennenswertes Geschäft

Köln, 22. November.

Der Schwebezustand in der Innenpolitik ließ auch an der Kölner Börse kein nennenswertes Geschäft auskommen. Die Tendenz war jedoch weiterhin freundlich. Im Verlauf zeigte sich einiges Kaufinteresse für Spezialwerte, insbesondere Montanaktien. Die Kurse zogen allgemein an. Am Rentenmarkt war die Tendenz fest. Pfandbriefwerte konnten bis zu 1 Prozent gewinnen.

Kölner Effekten-Notierungen vom 22. November.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustande gekommen.)

Basalt Linz 16	Schudert 72 1/2
Bonner Berg 30 1/2	Stollwerck 41
Deutsche Erdböl 75 1/4	Commerzbank 53 1/2
F. G. Farben 95 1/2	Reichsbank 127 1/4
Gelsenkirchen 39 1/2	Wittmann
Mannesmann	Colonia Rück 200

Ämtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 22. November.

Es bedeutet Mg.-Moggen, F.-Futter, W.-Winter

S.-Sommer.		S.-Sommer.	
Weizen rhein.	20,50	Weizenfl.	8,25 — 9,75
74 Mg.	24,25 — 24,50	Roggenfl.	7,50 — 8,00
Weizen ausl.	16,50	Vierteiler	10,75 — 11,50
Roggen rhein.	16,50	Leinf. 38 Pr.	11,50 — 11,75
70 — 71 Mg.	16,50	Erbsenfl.	11,75 — 11,85
Roggen nordb.	18,25 — 18,50	50 Pr.	12,75 — 12,85
Roggen ausl.	14,00 — 14,25	54	11,50 — 11,75
Safer hiesiger	15,75 — 16,25	46 Pr.	8,75
Safer nordb.	15,75 — 16,25	Palmerf. 1. J.	9,50 — 9,75
Safer ausl.	17,50 — 18,00	Trödenf. 1. J.	8,25
R.-Gerste ausl.	18,00 — 18,50	Auerf. 1. J.	9,25 — 9,75
W.-Gerste inl.	17,50	Reichelasse	8,75 — 10,00
Mais grober	18,50	Wiesenheu inl.	4,80 — 5,60
Mais feiner	28,00	lofe neu	gepreßt
Weizenmehl inl.	28,00	Steehen inl.	lofe neu
Rhein-Weizenmehl m.	28,75	ausländisches	5,80 — 6,70
Auslandsweizen	28,75	gepreßt	—
Roggenmehl 70 Pr. inl.	23,75	ausländisches	—
70 Pr. m. ausl.	24,00	Roggenfr.	1,30 — 1,50
Roggenmehl inl.	19,75	gepr. neu	1,30 — 1,40
ausländisch	20,50	gepr. alt	1,30 — 1,30

Stimmungsbericht: An der heutigen Börse war das Geschäft wenig belebt, die Preise kaum verändert.

Fisch - Woche

Blutfrischer, kopfloser Kabliau Pfd. 25 Pfg.

Blutfrischer, kopfloser Schellfisch Pfd. 35 Pfg.

Feinster Fischilet Pfd. 40 Pfg.

Grüne Heringe Pfd. 20 Pfg.

Holländer Salzheringe 10 Stück 50 Pfg.

Otto Weber, Halver.